



## **Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU**

**Redaktionsschluss** 28. Februar 2018

*Liebe Leserinnen und Leser,*

das für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung wichtigste Thema im Monat Februar war der Besuch des Brandenburger Kabinettes in Brüssel.



Bei der fachlichen und praktischen Vorbereitung – d. h. im wahrsten Sinne des Wortes alle mussten mit anpacken – hat uns unsere neue Kollegin Franziska Jahns sehr unterstützt. Sie ist im Rahmen einer Hospitation für drei Monate aus dem Ministerium des Innern und für Kommunales nach Brüssel abgeordnet. In „ihrem richtigen Leben“ ist sie als Polizeibeamtin bei der Kriminalpolizei tätig.

*Ihre Marion Maurer*

## Unsere Themen im Überblick

<b>Grußwort .....</b>	<b>1</b>
<b>I. TOP-Thema – Besuch des Brandenburger Kabinettes.....</b>	<b>4</b>
<b>II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp – .....</b>	<b>6</b>
<b>1. Brexit.....</b>	<b>6</b>
1.1. KOM: Veröffentlichung von Übergangsregeln .....	6
1.2. KOM: Vorbereitung auf den Brexit für einzelne Wirtschaftssektoren .....	6
1.3. KOM: Entwurf des Austrittsabkommens .....	6
<b>2. Inneres .....</b>	<b>6</b>
2.1. EASO: Migrationstrends des Jahres 2017 und Prognose für 2018 .....	6
2.2. EP: Fluchtursachenbekämpfung und Migrationssteuerung .....	7
2.3. Frontex: Erweiterung der Einsatzgebiete .....	7
2.4. KOM: Ausbau des Katastrophenschutzes .....	8
2.5. KOM: Aktivitäten zur Verbesserung der Cybersicherheit .....	8
<b>3. Justiz und Verbraucherschutz .....</b>	<b>9</b>
3.1. KOM: Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten - Konsultation.....	9
3.2. EP, Rat: Art. 7 EUV-Verfahren gegen Polen .....	9
3.3. Rat: Wiederernennung des deutschen Richters von Danwitz.....	9
<b>4. Finanzen .....</b>	<b>9</b>
4.1. KOM, Rat : Mehrjähriger Finanzrahmen nach 2020 .....	9
4.2. KOM: Mehrwertsteuer-Rückerstattungen in den Mitgliedstaaten.....	10
4.3. ESAs: Warnung vor virtuellen Währungen.....	10
4.4. KOM: Diskussionsrunde zu Krypto-Währungen.....	11
4.5. EP: Schwarzer Liste von Steueroasen.....	11
<b>5. Wirtschaft und Energie .....</b>	<b>11</b>
5.1. Eurostat: Regionales BIP pro Kopf in den 276 EU-Regionen .....	11
5.2. Eurostat: Energieeffizienzziel für 2016 .....	12
5.3. KOM: Verbesserung der Lebensqualität in der EU .....	12
5.4. KOM: Gewährleistung der Stromversorgungssicherheit .....	12
<b>6. Wissenschaft, Forschung und Kultur .....</b>	<b>13</b>
6.1. KOM: Zwischenbewertung „Horizont 2020“.....	13
6.2. Bildungsministerrat zu Erasmus+ .....	13
6.3. KOM: Auswahlkriterien für missionsorientierte Forschung .....	13
6.4. Entwurf des Rüttgers-Berichts „RE-Finding Industry“ .....	14
6.5. Europäische Kulturagenda angekündigt.....	14
6.6. Leitung der GD Forschung sowie GD Bildung neu besetzt .....	14
<b>7. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.....</b>	<b>14</b>

7.1.	Rat: Vertrag von Marrakesch.....	14
7.2.	EP, Rat, KOM: Reform der Entsenderichtlinie.....	15
7.3.	EuGH: Befristung von Arbeitsverhältnis über Regelaltersgrenze .....	15
8.	Infrastruktur und Landesplanung .....	15
8.1.	EASA: Luftsicherheitsplan .....	15
8.2.	EASA: Regeln für den sicheren Betrieb von Drohnen.....	15
8.3.	TRAN: TEN-T-Korridorkoordinatoren berichten .....	16
8.4.	Projekt mySMARTLife - Netzwerk .....	16
8.5.	Brüssel: Kostenloser ÖPNV an Tagen hoher Luftverschmutzung .....	16
9.	Verschiedenes.....	17
9.1.	EP: Prüfung der Sommerzeit.....	17
9.2.	KOM: Europäische Bürgerinitiative .....	17
9.3.	KOM: Ideen für eine effizientere EU .....	17
9.4.	KOM: Selmayr ab 1. März 2018 neuer Generalsekretär .....	18
III.	Aktuelles aus der Landesvertretung.....	19
	Tagung der brandenburgischen Forschungsspitzen .....	19
IV.	Öffentliche Konsultationen.....	20
V.	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung.....	22

## I. TOP-Thema – Besuch des Brandenburger Kabinettes

Am 27. Februar 2018 tagte das Brandenburger Kabinett in Brüssel und führte zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Europäischer Institutionen. Dabei warben Ministerpräsident Dietmar Woidke und die Ministerinnen und Minister für die Interessen Brandenburgs.



Bei den Gesprächen ging es insbesondere um die künftige Förderung Brandenburgs mit Strukturfondsmitteln und die Unterstützung beim Strukturwandel in der Lausitz, um die Zukunft der EU nach dem Austritt des Vereinigten Königreiches sowie um die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest.



Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner waren der 1. Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans, Haushaltskommissar Günther Oettinger, die Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu,



Reinhard Silberberg, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU,

Ruth Paserman, stellvertretende Kabinettschefin von Marianne Thyssen, Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität,

sowie der Präsident des Ausschuss der Regionen, Karl-Heinz Lambertz.



Am Abend hatte der Ministerpräsident zu einem Empfang unter dem Motto „Quo vadis Lausitz – Die brandenburgische Lausitz als europäische Region im Strukturwandel“ in die Landesvertretung eingeladen. Unter den zahlreichen Gästen und Keynote-Sprechern war auch Maroš Šefčovič, Vizepräsident der Kommission für die Energieunion.



## **II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –**

### **1. Brexit**

#### **1.1. KOM: Veröffentlichung von Übergangsregeln**

Am 07. Februar 2018 veröffentlichte die KOM einen Entwurf zu Übergangsregeln bis 2020 hinsichtlich des Austrittsabkommens mit dem Vereinigten Königreich (VK) zu den Bereichen Binnenmarkt und Zollunion. In den Leitlinien des Europäischen Rates von April und Dezember 2017 benannte Grundsätze werden im Entwurf umgesetzt. Bevor der Entwurf an das VK übermittelt wird, soll dieser zwischen den EU27-Mitgliedstaaten erörtert werden.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180207-brexit\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180207-brexit_de)

#### **1.2. KOM: Vorbereitung auf den Brexit für einzelne Wirtschaftssektoren**

Die KOM hat am 9. Februar 2018 in einer fortlaufenden technischen Mitteilung Hinweise zu einzelnen Wirtschaftssektoren zur Vorbereitung auf den Austritt des VK aus der EU veröffentlicht. Hintergrund sind die Warnungen des EU-Chefverhandlers Michel Barnier, dass der Verbleib in Zollunion und Binnenmarkt nach dem Austritt am 30. März 2019 „nicht als gegeben“ anzusehen sei, wenn bestehende Differenzen nicht gelöst würden. Britische Unterhändler hätten sich bisher hierzu nicht positioniert, betroffen ist bspw. die künftige Verfahrensweise an der Grenze Irlands zu Nordirland.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180209-brexit\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180209-brexit_de)

#### **1.3. KOM: Entwurf des Austrittsabkommens**

Am 28. Februar 2018 hat die KOM den Entwurf des Austrittsabkommens zwischen der EU und dem VK veröffentlicht. Der gemeinsame Bericht der Verhandlungsführenden wird mit diesem Abkommen rechtlich umgesetzt. Der aus sechs Teilen bestehende Entwurf beinhaltet neben Bestimmungen zu Bürgerrechten, Warenverkehr und zu weiteren Fragen auch drei Verfahrensoptionen für die Grenze Irlands zu Nordirland, um bei Nichteinigung eine „harte Grenze“ zu vermeiden. Der Entwurf wird zunächst dem Rat und der Lenkungsgruppe „Brexit“ des EP und schließlich dem VK vorgelegt.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20170228-austrittsabkommen\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20170228-austrittsabkommen_de)

### **2. Inneres**

#### **2.1. EASO: Migrationstrends des Jahres 2017 und Prognose für 2018**

Am 1. Februar 2018 veröffentlichte das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) Migrationsdaten zum Jahr 2017. Demnach sank die Zahl der Asylanträge in der EU,

Norwegen und der Schweiz um 43% gegenüber 2016 von rund 1,2 Mio. auf 706.913, wobei ein Drittel der Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Syrien, dem Irak, Afghanistan oder Nigeria stammte. Erstinstanzliche Entscheidungen über Asylanträge gingen im Vergleich zum Vorjahr um 13% von rund 1,1 Mio. auf 981.600 zurück, 40% dieser Anträge wurden positiv beschieden. Die ersten Daten für 2018 zeigen einen Anstieg der Asylanträge im Januar 2018 gegenüber Dezember 2017 von 8% auf 53.175. Die erstinstanzlichen Entscheidungen beliefen sich dagegen fast unverändert auf 59.389. Diese Daten stellt das EASO im neuen interaktiven Onlineportal zu Asylfragen zur Verfügung.

Die Auswertung der operativen Daten der Europäischen Grenz- und Küstenwacht Frontex zu irregulären Einreisen (Risikoanalyse vom 20. Februar 2018) über die vier Hauptmigrationsrouten in die EU zeigt für Januar 2018 einen Rückgang um 7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum (Dezember 2017) und bestätigt damit den durch das EASO bezifferten Abwärtstrend seit 2015. Gleichwohl schwanken die Zahlen je nach Route und den dortigen Bedingungen sowie der Herkunft der Einreisenden.

<https://www.easo.europa.eu/news-events/press-release-easo-releases-overview-2017-eu-asylum-trends>

<https://jddt.de/frontex-risikoanalyse-2018-6-700-falschdokumente-an-der-aussengrenze-steigerung-im-binnengebiet>

## **2.2. EP: Fluchtursachenbekämpfung und Migrationssteuerung**

Die Zustimmung des EP vom 8. Februar 2018 ermöglicht es der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Projekte außerhalb der EU, die sich mit Migrationsfragen befassen, zusätzliche 3,7 Mrd. EUR bereit zu stellen. Ziel ist es, Grundursachen für Migration und Terrorismus, insb. in Mittelmeerländern und auf dem Balkan, zu bekämpfen. Weiterhin verabschiedete die EU am 26. Februar 2018 drei Programme zum „Schutz von Migrantinnen und Migranten und zur Förderung der Rückkehr und Wiedereingliederung in Afrika im Umfang von 150 Mio. EUR“. Die Mittel stammen aus dem Nothilfe-Treuhandfonds und sollen neben dem Schutz von Migrantinnen und Migranten auch für die Fluchtursachenbekämpfung eingesetzt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20180202IPR97033/bigger-role-for-eu-investment-bank-to-tackle-migration-crisis>

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-1143\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-1143_de.htm)

## **2.3. Frontex: Erweiterung der Einsatzgebiete**

Frontex unterstützt mit der neuen Operation „Themis“ ab dem 1. Februar 2018 die Grenzkontrollen im zentralen Mittelmeer. Der Fokus liegt insb. auf der verstärkten Strafverfolgung sowie Such- und Rettungseinsätzen. Ziel ist es, sich verändernde Migrationsmuster besser zu erkennen, grenzüberschreitende Kriminalität aufzudecken und Maßnahmen zur Terrorismus-



bekämpfung durchzuführen. Um schneller auf mögliche Migrationsherausforderungen reagieren zu können, unterzeichnete EU-Migrationskommissar Avramopoulos am 12. Februar 2018 zudem den Entwurf eines ersten Abkommens zur Verstärkung der operativen Zusammenarbeit von Frontex mit Albanien.

<http://frontex.europa.eu/news/frontex-launching-new-operation-in-central-med-OESzj>

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180212-Albanien\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180212-Albanien_de)

## **2.4. KOM: Ausbau des Katastrophenschutzes**

Am 15. Februar 2018 schlug die KOM den im Jahr 2017 von Naturkatastrophen betroffenen Mitgliedstaaten Frankreich, Griechenland, Spanien und Portugal vor, 104 Mio. EUR aus dem Europäischen Solidaritätsfonds zur Verfügung zu stellen. Die Mittel können zum Wiederaufbau und zur Deckung der Kosten für Rettung, Unterbringung und Aufräumarbeiten verwendet werden. Nationale Behörden sollen so entlastet werden. Zur Stärkung des Katastrophenschutzes wurde am 22. Februar 2018 durch Luxemburg die Kommunikationsplattform „emergency.lu“ vorgestellt. Bei Ausfall oder Zerstörung der örtlichen Kommunikation nach einer Katastrophe können mittels dieser Satellitenkommunikation Telefon- und Internetverbindungen für Ersthelfer und Ersthelferinnen binnen zwölf Stunden eingesetzt werden.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-722\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-722_de.htm)

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-1081\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-1081_de.htm)

## **2.5. KOM: Aktivitäten zur Verbesserung der Cybersicherheit**

Durch die KOM wurde am 1. Februar 2018 ein Pilotprojekt zur Unterstützung eines europäischen Netzwerks von Cybersicherheits-Kompetenzzentren mit einem Gesamtvolumen von 50 Mio. EUR ausgeschrieben. Bestehende Forschung soll zu marktfähigen Lösungen für einen digitalen Binnenmarkt ausgebaut werden, um eine starke Cybersicherheit in der EU zu etablieren. Beiträge können bis zum 26. Mai 2018 eingereicht werden. Zur Verbesserung der Cybersicherheit von Endanwendenden veröffentlichte Europol im Februar 2018 verschiedene Werkzeuge, Hilfestellungen und Informationen zu Trojanern, Malware und aktueller Ransomware. Zudem wurden im Rahmen des „Safer Internet Day“ am 6. Februar 2018 Tipps zu mehr Onlinesicherheit für Kinder, Jugendliche und Eltern gegeben.

<http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/opportunities/h2020/topics/su-ict-03-2018.html>

<https://www.europol.europa.eu/activities-services/public-awareness-and-prevention-guides/how-to-protect-yourself-against-remote-access-trojans-and-other-malware>

<https://www.europol.europa.eu/newsroom/news/free-data-recovery-kit-for-victims-of-gandcrab-ransomware-now-available-no-more-ransom>

<https://www.europol.europa.eu/newsroom/news/safer-internet-day>

### **3. Justiz und Verbraucherschutz**

#### **3.1. KOM: Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten - Konsultation**

Die KOM hat am 2. Februar 2018 eine öffentliche Konsultation zur Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten im EU-Recht gestartet. Diese soll in eine Strategie für den Zeitraum 2019 bis 2025 zur justiziellen Aus- und Fortbildung einfließen. Ziel ist es, Angehörige von Rechtsberufen in der korrekten und unionsweit einheitlichen Anwendung des Unionsrechts zu schulen. Die Teilnahme an der Konsultation steht allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern bis zum 26. April 2018 offen.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180202-konsultation\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180202-konsultation_de)

[https://ec.europa.eu/info/consultations/training-justice-professionals-eu-law-evaluation-new-2019-2025-strategy\\_de](https://ec.europa.eu/info/consultations/training-justice-professionals-eu-law-evaluation-new-2019-2025-strategy_de)

#### **3.2. EP, Rat: Art. 7 EUV-Verfahren gegen Polen**

Das Plenum des EP hat am 28. Februar 2018 über das Rechtsstaatsverfahren gegen Polen debattiert. Das EP unterstützt den Vorschlag der KOM für einen Beschluss des Rates gem. Art. 7 Abs. 1 EUV. Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat sich auf seiner Sitzung am 27. Februar 2018 ebenfalls mit dem Verfahren gegen Polen befasst und unterstützt das Vorgehen der KOM ebenfalls.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0055+0+DOC+PDF+V0//DE>

<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2018/02/27/>

#### **3.3. Rat: Wiederernennung des deutschen Richters von Danwitz**

Der Rat hat am 28. Februar 2018 neun Richterinnen und Richter sowie drei Generalanwälte am EuGH ernannt. Die Ernennungen erfolgten im Zuge der teilweisen Neubesetzung der Stellen, die alle drei Jahre stattfindet. Prof. Dr. Thomas von Danwitz wurde als Richter wiederernannt. Er ist seit 2006 Richter am EuGH; die neue Amtszeit ist seine dritte. Eine Amtszeit beträgt sechs Jahre; die nächste beginnt am 7. Oktober 2018.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/02/28/court-of-justice-of-the-european-union-appointment-of-nine-judges/pdf>

### **4. Finanzen**

#### **4.1. KOM, Rat : Mehrjähriger Finanzrahmen nach 2020**

Die KOM hat am 14. Februar 2018 verschiedene Optionen – mit ihren finanziellen Auswirkungen – für eine langfristige Haushaltsplanung post 2020 (Mehrjähriger Finanzrahmen –

MFR) vorgelegt. Vor dem informellen Treffen der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs lieferte die KOM Informationen über Nutzen, Erfolge und Mehrwert des EU-Haushalts und der entsprechenden Förderprogramme. Die unterschiedlichen Szenarien für die finanziellen Optionen in den verschiedenen Themenbereichen des EU-Haushalts beziehen sich sowohl auf die neuen Herausforderungen wie Digitalisierung, Sicherheit, Migration als auch auf die tradierten Politikbereiche wie Agrar- und Kohäsionspolitik. Am 23. Februar 2018 haben die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs die politischen Prioritäten des MFR nach 2020 erörtert und vereinbart, dass die EU mehr für die Eindämmung der illegalen Migration, für Verteidigung und Sicherheit sowie für das Programm Erasmus+ ausgeben wird.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-745\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-745_de.htm)

<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2018/02/23/>

#### **4.2. KOM: Mehrwertsteuer-Rückerstattungen in den Mitgliedstaaten**

Die KOM hat am 15. Februar 2018 bekannt gegeben, dass sie überprüfen wird, ob die Mehrwertsteuererstattungen an Unternehmen in den Mitgliedstaaten mit dem geltenden EU-Recht und der Rechtsprechung des EuGH in Einklang stehen. Der fehlende Zugang zu einem einfachen und schnellen Verfahren zur Erstattung der Mehrwertsteuer könne erhebliche Auswirkungen auf die Cashflows und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen haben. In den nächsten acht Monaten sollen die Steuervorschriften in den einzelnen Mitgliedstaaten überprüft werden, um sicherzustellen, dass die Erstattungsverfahren es den Unternehmen ermöglichen, Mehrwertsteuerguthaben sowohl im eigenen Land als auch in anderen Mitgliedstaaten schnell und einfach zurückzufordern. Die KOM könnte bei Verstößen gegen die Vorschriften Vertragsverletzungsverfahren einleiten.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180215-kommission-prueft-mehrwertsteuer-rueckerstattungen-den-mitgliedstaaten\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180215-kommission-prueft-mehrwertsteuer-rueckerstattungen-den-mitgliedstaaten_de)

#### **4.3. ESAs: Warnung vor virtuellen Währungen**

Die EU-Finanzaufsichtsbehörden (European Supervisory Authorities, ESAs) für Wertpapiere (ESMA), Banken (EBA) und Versicherungen (EIOPA) warnten am 12. Februar 2018 Anleger vor Risiken beim Kauf virtueller Währungen. Virtuelle Währungen wie Bitcoin unterliegen extremen Preisschwankungen. Es gebe klare Anzeichen für die Bildung von Preisblasen. Anleger müssten damit rechnen, ihren Einsatz ganz oder teilweise zu verlieren. Anders als bei regulierten Finanzdienstleistungen gebe es keinen Anlegerschutz. Wenn etwa durch Ausfall von Handelsplattformen oder Cyberangriffe Geld verloren werde, schütze kein europäisches Gesetz.

<http://www.eba.europa.eu/-/esas-warn-consumers-of-risks-in-buying-virtual-currencies>

#### **4.4. KOM: Diskussionsrunde zu Krypto-Währungen**

Am 26. Februar 2018 organisierte die KOM eine Diskussionsrunde zu Kryptowährungen mit Vertreterinnen und Vertretern aus den europäischen Institutionen, der Industrie und von Interessenverbänden. Dieser Meinungsaustausch zielte darauf ab, den bevorstehenden Aktionsplan für FinTech vorzubereiten und gleichzeitig eine abgestimmte Position der EU für eine mögliche Diskussion auf G20-Ebene abzustimmen. Die drei Hauptthemen waren: die Auswirkungen auf Finanzmärkte, Risiken und Chancen und die jüngsten Entwicklungen von sog. Initial Coin Offerings (ICO).

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180226-dombrovskis-krypto-waehrungen\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180226-dombrovskis-krypto-waehrungen_de)

#### **4.5. EP: Schwarzer Liste von Steueroasen**

Während einer Debatte über die Schwarze Liste der Steuerparadiese am 28. Februar 2018 beklagten Abgeordnete aller Fraktionen die mangelnde Transparenz bei der Erstellung dieser Liste. Konkret wurde das Fehlen von Informationen über die Kriterien für die Aufnahme eines Landes in die Liste und vor allem für seine Streichung bemängelt, da dies die Glaubwürdigkeit der schwarzen Liste untergrabe. Die Kritik folgte auf einen Beschluss des Rates, sieben von achtzehn Ländern von der Liste der Steuerparadiese zu streichen, etwas mehr als einen Monat nach Erstaufnahme dieser Länder in die Liste.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180226IPR98618/meps-back-crackdown-on-aggressive-cross-border-tax-schemes>

### **5. Wirtschaft und Energie**

#### **5.1. Eurostat: Regionales BIP pro Kopf in den 276 EU-Regionen**

Das statistische Amt der EU (Eurostat) veröffentlichte am 28. Februar 2018 Daten zum BIP pro Kopf des Jahres 2016, ausgedrückt in Kaufkraftstandards, für 276 Regionen der EU. Das höchste BIP pro Kopf verzeichnete demnach mit 611% des EU-Durchschnitts die Region Inner London - West, gefolgt vom Großherzogtum Luxemburg (257%). Die niedrigsten Werte wurden mit 29% in Severozapaden in Bulgarien und 33% in der französischen Region Mayotte registriert. Pendlerströme beeinflussen die vorliegenden Daten jedoch stark. Das BIP pro Kopf für die Gesamtheit aller Regionen Deutschlands belief sich auf 124% des EU-Durchschnittes, das für Brandenburg auf 89%. Berlins BIP pro Kopf betrug 118%.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8700656/1-28022018-BP-DE/8260b0c1-d458-4a4b-8e46-3fa60ea42698>

## 5.2. Eurostat: Energieeffizienzziel für 2016

Das Energieeffizienzziel der EU zur Senkung des Energieverbrauchs um 20% gegenüber den prognostizierten Werten für 2020 wurde für das Jahr 2016 verfehlt. Die hierzu vorliegenden Daten hat Eurostat am 5. Februar 2018 veröffentlicht. Der Primärenergieverbrauch von höchstens 1483 Mio. Tonnen Rohöleinheiten (t RÖE) wurde um 4% und der Endenergieverbrauch von höchstens 1086 Mio. t RÖE um 2% überschritten. Langfristig ist der Primärenergieverbrauch seit 1990 um 1,7% zurückgegangen, wobei der Abstand zum Energieeffizienzziel in den zurückliegenden Jahren unterschiedlich hoch ausfiel und im Jahr 2006 die größte Abweichung mit 16,2% aufwies. Demgegenüber stieg der Endenergieverbrauch 2016 um 2,1% gegenüber dem Niveau von 1990. Die maximale Abweichung zum gesetzten Energieeffizienzziel lag 2005 bei 9,7%.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/8643586/8-05022018-BP-DE.pdf/6e6b1759-dcd0-4531-8fae-066f62088667>

## 5.3. KOM: Verbesserung der Lebensqualität in der EU

Durch die KOM wurde am 8. Februar 2018 im Rahmen des LIFE-Finanzierungsprogramms ein Investitionspaket in Höhe von 98,2 Mio. EUR bewilligt. In den fünf Bereichen Natur, Wasser, Luft, Abfälle und Klima werden insg. zehn Projekte gefördert, die einen Beitrag zum Übergang Europas zu einer emissionsarmen Kreislaufwirtschaft leisten und so die Lebensqualität der europäischen Bürgerinnen und Bürger verbessern sollen. Diese Förderung wird zudem mit ihrer Hebelwirkung zusätzliche Investitionen in der Höhe von 2 Mrd. EUR aus weiteren Finanzierungsquellen wie nationalen Mitteln, dem Privatsektor oder anderen EU-Mitteln erschließen.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-671\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-671_de.htm)

## 5.4. KOM: Gewährleistung der Stromversorgungssicherheit

Am 7. Februar 2018 hat die KOM sechs zur Sicherheit der Stromversorgung konzipierte Kapazitätsmechanismen genehmigt. Diese wurden zuvor in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden untersucht, um Wettbewerbsverfälschungen auf den Energiemärkten und höhere Strompreise für den Verbrauchenden zu verhindern. Der für Deutschland genehmigte Kapazitätsmechanismus dient der Bildung strategischer Reserven in Notsituationen, welche bei der Reform des Strommarktes und dem Ausstieg aus der Kernenergie benötigt werden. Da dieses Marktproblem vorübergehender Natur ist, werden die Reserven bei dessen Abschluss wieder aufgelöst.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-682\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-682_de.htm)

## **6. Wissenschaft, Forschung und Kultur**

### **6.1. KOM: Zwischenbewertung „Horizont 2020“**

Im Zuge der Zwischenbewertung der Forschungsförderprogramms Horizont 2020 hat die Generaldirektion Forschung und Innovation am 19. Februar 2018 die Broschüre „Horizont 2020 in Full Swing Three Years On – Key facts and figures 2014-2016“ veröffentlicht. Sie gibt einen Überblick über die wesentlichen Erfolge des Programmes in den ersten drei Jahren. Unterschiedlichste Daten wurden ausgewertet und ergeben erste Trends (z. B. Erfolgsquoten, KMU-Beteiligungen, Anteil von Newcomern und Frauen). Eine der Kernaussagen der Zwischenbewertung ist, dass die EU die Investitionen in Forschung und Innovation erhöht werden sollten.

[https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/sites/horizon2020/files/h2020\\_threeyearson\\_a4\\_horizontal\\_2018\\_web.pdf](https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/sites/horizon2020/files/h2020_threeyearson_a4_horizontal_2018_web.pdf)

<http://www.kowi.de/Portaldata/2/Resources/fp/2018-COM-H2020-Interim-Eval-de.pdf>

### **6.2. Bildungsministerrat zu Erasmus+**

Der Rat der Bildungsministerinnen und -minister führte am 15. Februar 2018 eine Orientierungsaussprache über die Halbzeitbewertung des Programms Erasmus+ und die künftige Ausrichtung für die Zeit nach 2020. Sie betonten, dass Erasmus+ eines der erfolgreichsten Programme der EU sei und plädierten für eine angemessene Finanzausstattung des Nachfolgeprogramms. Der Vorschlag für das Nachfolgeprogramm soll voraussichtlich im Juni 2018 vorgelegt werden.

<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eecs/2018/02/15/>

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=COM:2018:50:FIN&from=FR>

### **6.3. KOM: Auswahlkriterien für missionsorientierte Forschung**

Die KOM veröffentlichte am 21. Februar 2018 eine Studie mit dem Titel „Missionsorientierte Forschung und Innovation in der Europäischen Union“. Thematische Missionen werden als ein strategischer Ansatz des kommenden Forschungsrahmenprogramms diskutiert. Die Studie nennt Kriterien für deren Auswahl und stellt drei Beispiele möglicher Missionen vor: „100 carbon neutral cities by 2030“, „a plastic-free ocean“ sowie „decreasing the burden of dementia“. Dazu hat die KOM eine Konsultation gestartet, die bis zum 3. April 2018 geöffnet ist.

<https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/5b2811d1-16be-11e8-9253-01aa75ed71a1/language-en>

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/482a79de-3fad-17e1-c60d-2e4418c1a95d>

#### **6.4. Entwurf des Rüttgers-Berichts „RE-Finding Industry“**

Im Rahmen des Industrietages am 23. Februar 2018 hat die Expertengruppe für industrielle Technologien ihren vorläufigen Bericht „Re-Finding Industry“ präsentiert (sog. Rüttgers-Bericht). Er schlägt zwei zusätzliche Schlüsseltechnologien (Key enabling technologies - KETs) vor: Künstliche Intelligenz und Digitale Sicherheit/Konnektivität. Weitere Vorschläge zur Zukunft der KETs und ihrer Einbindung in Missionen finden sich insb. auf S. 14f. des vorläufigen Berichts. Die endgültige Berichtsfassung soll im April 2018 veröffentlicht werden.

[http://ec.europa.eu/research/industrial\\_technologies/pdf/re\\_finding\\_industry\\_022018.pdf](http://ec.europa.eu/research/industrial_technologies/pdf/re_finding_industry_022018.pdf)

#### **6.5. Europäische Kulturagenda angekündigt**

Die KOM will Frühjahr 2018 als Teil des EU-Bildungspakets eine europäische Kulturagenda vorlegen.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180125-erster-eu-bildungsgipfel\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180125-erster-eu-bildungsgipfel_de)

#### **6.6. Leitung der GD Forschung sowie GD Bildung neu besetzt**

Die KOM hat am 21. Februar 2018 die Leitung mehrerer Generaldirektionen neu besetzt. Frau Themis Christophidou wird neue Generaldirektorin der Generaldirektion „Bildung, Jugend, Sport und Kultur“. Neuer Generaldirektor der Generaldirektion „Forschung und Innovation“ wird Jean-Eric Paquet.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-1005\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-1005_de.htm)

### **7. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**

#### **7.1. Rat: Vertrag von Marrakesch**

Der Rat der EU hat am 15. Februar 2018 dem Abschluss des Vertrages von Marrakesch – zur Erleichterung des Zugangs für blinde, sehbehinderte oder anderweitig lesebehinderte Personen zu veröffentlichten Werken – zugestimmt. Damit wird die EU in die Lage versetzt, den Vertrag von Marrakesch ab dem kommenden Sommer zu ratifizieren. Dieser Vertrag enthält eine Reihe internationaler Regeln, die sicherstellen, dass für das Urheberrecht auf nationaler Ebene Einschränkungen oder Ausnahmen zugunsten von blinden, sehbehinderten oder anderweitig lesebehinderten Personen bestehen. Dadurch wird außerdem der grenzüberschreitende Austausch von Kopien veröffentlichter Werke in einem zugänglichen Format – in Braille-Schrift, Hörbüchern oder Großdruck - ermöglicht.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/02/15/marrakesh-treaty-on-access-to-published-works-for-blind-and-visually-impaired-persons-council-authorises-ratification/>

## **7.2. EP, Rat, KOM: Reform der Entsenderichtlinie**

Die Verhandlungsführerinnen des EP, des Rates und der KOM haben sich am 28. Februar 2018 auf die Überarbeitung der Entsenderichtlinie geeinigt. Mit der Überarbeitung der Entsenderichtlinie kam die KOM der Verpflichtung aus ihren Politischen Leitlinien nach, den Grundsatz des gleichen Arbeitsentgelts für die gleiche Arbeit am gleichen Ort zu fördern.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20170301-einigung-auf-reform-der-entsenderichtlinie\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20170301-einigung-auf-reform-der-entsenderichtlinie_de)

## **7.3. EuGH: Befristung von Arbeitsverhältnis über Regelaltersgrenze**

Der EuGH hat am 28. Februar 2018 entschieden, dass die Befristung der Verlängerung eines Arbeitsverhältnisses über die Regelaltersgrenze hinaus zulässig ist. Das Verbot der Diskriminierung wegen des Alters stehe einer nationalen Bestimmung nicht entgegen, die bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die die Regelaltersgrenze erreicht haben, das Hinausschieben des Zeitpunkts der Beendigung des Arbeitsverhältnisses von einer befristet erteilten Zustimmung des Arbeitgebers abhängig mache. Im Ausgangsfall war einem Lehrer in Bremen nur für ein Schuljahr die Weiterarbeit gestattet worden. Sein Antrag auf eine erneute Verlängerung war abgelehnt worden.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-02/cp180023de.pdf>

## **8. Infrastruktur und Landesplanung**

### **8.1. EASA: Luftsicherheitsplan**

Am 16. Februar 2018 hat die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) den Europäischen Luftsicherheitsplan 2018-2022 veröffentlicht (European Plan for Aviation Safety - EPAS). Er hilft Sicherheitsrisiken zu identifizieren, benennt Handlungsmöglichkeiten und dient dem Austausch von Best-Practice-Beispielen. Die Mitgliedstaaten werden dadurch bei der Erstellung ihrer nationalen Sicherheitsprogramme unterstützt. Hervorgehoben wird die zunehmende Bedeutung der regionalen Sicherheitsorganisationen und der Sicherheitsforschung.

<https://www.easa.europa.eu/newsroom-and-events/press-releases/easa-publishes-2018-2022-european-plan-aviation-safety>

### **8.2. EASA: Regeln für den sicheren Betrieb von Drohnen**

Die EU hat am 22. Februar 2018 den Entwurf einer Reihe gemeinsamer Regeln für den sicheren Betrieb von Drohnen veröffentlicht, ein wichtiger Meilenstein im Rahmen der Luftverkehrsstrategie der KOM für Europa. In der von der EASA veröffentlichten Stellungnahme liegt der Schwerpunkt auf dem Risiko des Betriebes. Gemeinsame europäische Vorschriften



sollen den Binnenmarkt für Drohnen und Drohndienste festigen und damit zur weltweiten Führungsrolle der EU in diesem boomenden Sektor beitragen.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180222-drohnen\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180222-drohnen_de)

<https://www.easa.europa.eu/newsroom-and-events/press-releases/easa-publishes-first-opinion-safe-drone-operations-europe>

### **8.3. TRAN: TEN-T-Korridorkoordinatoren berichten**

Der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr des EP (TRAN) hat sich am 26. Februar 2018 mit den Korridorkoordinatoren des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T) über den aktuellen Stand der Umsetzung in den neun Kernnetzkorridoren, beim System für das Management und die Steuerung des Eisenbahnverkehrs (European Rail Traffic Management System – ERTMS) und bei den „Meeresautobahnen“ („Motorways of the Sea“) ausgetauscht. Gleichzeitig wurde der Bodewig-Secchi-Bericht über die optimale Nutzung neuer Finanzierungsinstrumente für Verkehrsinfrastrukturprojekte ("Making the best use of new financial schemes for European transport infrastructure projects") vorgelegt.

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20180226-1500-COMMITTEE-TRAN>

[https://ec.europa.eu/transport/themes/infrastructure/news/2018-02-26-ten-t-european-coordinators-bodewig-and-secchi-present\\_en](https://ec.europa.eu/transport/themes/infrastructure/news/2018-02-26-ten-t-european-coordinators-bodewig-and-secchi-present_en)

### **8.4. Projekt mySMARTLife - Netzwerk**

Mit dem Projekt mySMARTLife sollen vielfältige Modellprojekte für eine energie- und ressourceneffiziente Stadt entwickelt und praktisch umgesetzt werden. Projektmitglied ist auch Hamburg. Dort will man die CO<sub>2</sub>-Emissionen durch ein mit sehr geringen Temperaturen betriebenes Nahwärmenetz und einen beispielhaften Ausbau der Elektromobilität reduzieren. In naher Zukunft sollen interessierte europäische Städte dem mySMARTLife-Netzwerk beitreten können. Netzwerkmitglieder sollen vom Erfahrungsaustausch profitieren und zu Workshops, Exkursionen und Webinaren eingeladen werden. Daneben werden sie Zugang zu den Projektergebnissen haben.

<https://mysmartlife.eu/network/>

[www.hamburg.de/mysmartlife/](http://www.hamburg.de/mysmartlife/)

### **8.5. Brüssel: Kostenloser ÖPNV an Tagen hoher Luftverschmutzung**

Die Stadt Brüssel plant, den ÖPNV und Mietfahrräder ab dem zweiten Tag starker Luftverschmutzung kostenlos zur Verfügung zu stellen. Weitere Maßnahmen sind Geschwindig-

keitsreduzierungen und das Verbot von Kohleöfen. Die Regelungen sollen im Sommer 2018 in Kraft treten.

<https://brussels-express.eu/brussels-free-public-transport-high-air-pollution-days/>

## **9. Verschiedenes**

### **9.1. EP: Prüfung der Sommerzeit**

Am 8. Februar 2018 verabschiedete das Plenum des EP eine Entschließung, mit der eine Prüfung der europaweiten Regelung der Sommerzeit gefordert wird. Soweit sinnvoll, solle die KOM eine Überarbeitung vorschlagen. Bisherige Studien hätten kein eindeutiges Ergebnis über die Auswirkungen gebracht, das EP sieht aber Gefahren für die menschliche Gesundheit. Die aktuelle Richtlinie über die Regelung der Sommerzeit (Richtlinie 2000/84/EG) regelt die Zeitumstellung europaweit, um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes zu unterstützen. Ein ebenfalls zur Abstimmung gestellter Antrag, der die Abschaffung der Sommerzeit forderte, fand keine Mehrheit.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180202IPR97038/parlament-fordert-sorgfaltige-beurteilung-der-halbjaehrlichen-zeitumstellung>

### **9.2. KOM: Europäische Bürgerinitiative**

Die KOM hat am 14. Februar 2018 beschlossen, eine europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „We are a welcoming Europe, let us help!“ zu registrieren: Eines der Ziele ist es, Flüchtlingen zu helfen, d. h. ihnen ein sicheres Zuhause zu bieten und ein neues Leben zu ermöglichen. Die KOM wird aufgerufen, lokale Gruppen, die Flüchtlingen helfen, denen ein nationales Visum gewährt wurde, direkt zu unterstützen. Der Beschluss der KOM zur Registrierung bestätigt Idgl. die rechtliche Zulässigkeit der Bürgerinitiative. Die KOM hat ihren Inhalt dagegen noch nicht analysiert. Ab der Registrierung der Initiative am 15. Februar 2018 haben die Organisatorinnen und Organisatoren ein Jahr Zeit, Unterstützungserklärungen für ihren Vorschlag zu sammeln.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-746\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-746_de.htm)

### **9.3. KOM: Ideen für eine effizientere EU**

Die KOM hat am 14. Februar 2018 eine Reihe praktischer Schritte dargelegt, die die Arbeit der EU effizienter machen und die Verbindung zwischen den EU-Spitzen und den europäischen Bürgerinnen und Bürgern verbessern könnten. So sollten die Parteien ihre Spitzenkandidaten für die Europawahlen bereits 2018 nominieren. Das System von Spitzenkandidatinnen bzw. Spitzenkandidaten solle fortentwickelt werden und der Wahlkampf früher begin-

nen, damit die Kandidatinnen und Kandidaten in allen Mitgliedstaaten Debatten führen könnten. Die KOM steht auch der Idee transnationaler Listen bei den Europawahlen aufgeschlossen gegenüber. Beim informellen Gipfel am 23. Februar 2018 waren die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs sich jedoch einig, dass der Rat nicht im Voraus garantieren könne, dass er eine Spitzenkandidatin oder einen Spitzenkandidaten für das PräsidentInnen-Amt der KOM vorschlagen werde. Die Frage der länderübergreifenden Listen will der Rat zu einem späteren Zeitpunkt – im Zusammenhang mit den Wahlen 2024 – wieder aufgreifen.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180214-europa-haelt-verspricht-juncker-ideen-fuer-eine-effizientere-europaeische-union\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180214-europa-haelt-verspricht-juncker-ideen-fuer-eine-effizientere-europaeische-union_de)

<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2018/02/23/>

#### **9.4. KOM: Selmayr ab 1. März 2018 neuer Generalsekretär**

Am 21. Februar 2018 ernannte die KOM auf Vorschlag von Präsident Juncker seinen bisherigen Kabinettschef, Martin Selmayr, zum neuen Generalsekretär der KOM. Juncker begründete diese Entscheidung damit, dass der Betrieb in den nächsten 20 Monaten bis zur Installation einer neuen KOM reibungslos weitergehen solle. Das Generalsekretariat untersteht dem Präsidenten der KOM und koordiniert die Politiken der verschiedenen Generaldirektionen. Außerdem ist es Schnittstelle zwischen der KOM und den anderen europäischen Organen. Die Amtszeit des Generalsekretärs ist nicht an die Amtszeit der KOM gebunden.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-1004\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-1004_de.htm)

### III. Aktuelles aus der Landesvertretung

#### Tagung der brandenburgischen Forschungsspitzen

Am 15. und 16. Februar 2018 weilten Vertreterinnen und Vertreter brandenburgischer Hochschulen und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel. In Gesprächen mit Vertretern der KOM, Brüsseler Repräsentantinnen und Repräsentanten von Forschungs- und Wissenschaftsorganisationen sowie der Ständigen Vertretung konnten sich die Teilnehmenden über aktuelle Themen des EU-Haushalts und insbesondere der Europäischen Innovations- und Forschungspolitik austauschen. Im Fokus stand das Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ und sein Nachfolgeprogramm. Am Abend des 15. Februars 2018 fand ein Empfang auf Einladung der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Frau Dr. Martina Münch, statt.



## IV. Öffentliche Konsultationen

Nachfolgend sind die durch die KOM im Februar 2018 eingeleiteten öffentlichen Konsultationsverfahren aufgeführt. Die Themenangaben sind mit weiteren Informationen zu der jeweiligen Konsultation verlinkt.

Alle laufenden Verfahren finden Sie unter: [https://ec.europa.eu/info/consultations\\_de](https://ec.europa.eu/info/consultations_de)

- [Exchange of data to combat VAT fraud in the e-commerce](#)  
Schwerpunkte: Besteuerung  
Konsultationszeitraum: 27. Februar 2018 – 25. April 2018
- [Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung \(2009–2016\)](#)  
Schwerpunkte: Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung  
Konsultationszeitraum: 20. Februar 2018 – 31. Mai 2018
- [Öffentliche Konsultation zur Europäischen Woche des Sports](#)  
Schwerpunkte: Gesellschaftliche Rolle des Sports, Öffentliche Gesundheit  
Konsultationszeitraum: 19. Februar 2018 – 18. Mai 2018
- [Öffentliche Konsultation zum Ökodesign und zur Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten, Geschirrspülern, Waschmaschinen, Fernsehgeräten, Computern und Lampen](#)  
Schwerpunkte: Energieeffizienz  
Konsultationszeitraum: 13. Februar 2018 – 7. Mai 2018
- [Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Definition von KMU](#)  
Schwerpunkte: Unternehmen und Industrie  
Konsultationszeitraum: 6. Februar 2018 – 6. Mai 2018
- [Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten im EU-Recht – von der Evaluierung zur neuen Strategie für 2019-2025](#)  
Schwerpunkte: Justiz und Grundrechte  
Konsultationszeitraum: 1. Februar 2018 – 26. April 2018

- [Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten im EU-Recht – von der Evaluierung zur neuen Strategie für 2019-2025](#)

Schwerpunkte: Justiz und Grundrechte

Konsultationszeitraum: 1. Februar 2018 – 26. April 2018

## V. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung

Die Vertretung des Landes Brandenburg ist eine eigene Dienststelle und zugleich ein Referat der Abteilung IV (Europa) des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz.

**Dr. Marcus Wenig** – Leiter Tel.: 0032 2 737 74 50

(Grundsatzfragen, Beziehungen zu den EU-Institutionen, Partnerregionen)

**Jörg Kubicki** – stellvertretender Leiter Tel.: 0032 2 737 74 31

(Justiz, Verbraucherschutz)

**Birgit Urban** Tel.: 0032 2 737 74 63

(Wirtschaft, Energie; Regionalpolitik)

**Marion Maurer** Tel.: 0032 2 737 74 62

(Finanzen; Arbeit und Soziales)

**Jens Hammerschmidt** Tel.: 0032 2 737 74 56

(Inneres, Kommunales)

**Christina Schlawe** Tel.: 0032 2 737 74 64

(Infrastruktur, Landesplanung; Wissenschaft, Forschung, Kultur)

**Claudia A. Lehmann** Tel.: 0032 2 737 74 58

(Verwaltung, Haushalt, Veranstaltungen, Praktika)

**Birgit Folkmanis** Tel.: 0032 2 737 74 51

(Büroassistentin)

**Peggy Navarro** Tel.: 0032 2 737 74 52

(Büroassistentin)

**Fritz Lehmann** Tel.: 0032 2 737 74 61

(Hausmeister, Fahrer)

### Adresse:

Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Telefon: 0032 2 737 74 51

Rue Joseph II / Jozef II straat 108

Fax: 0032 2 737 74 69

B- 1000 Brüssel

E-Mail: [poststelle@eulv.brandenburg.de](mailto:poststelle@eulv.brandenburg.de)

Web: [www.eulv.brandenburg.de](http://www.eulv.brandenburg.de)